



Anwälte auf Abwegen

Anleger am

Flaken

Film-Pirat „Captain Hook“: **Vermeintliche Anlegerschützer** drangsaliieren Mandanten in spe.

Mancher Anwalt segelt unter **Anlegerschutz-Flagge** und buhlt mit unlauteren Mitteln um neue Mandate. Dagegen kann vorgegangen werden.

Von Oliver Renner

Es ist sicherlich legitim, wenn eine Anwaltskanzlei im Markt auf sich aufmerksam machen will, um sich neue Tätigkeitsfelder zu eröffnen und neue Mandanten zu gewinnen. Oftmals wird dabei jedoch versucht, bei Anlegern bis dahin noch gar nicht vorhandenen Beratungs-, wenn nicht sogar Handlungsbedarf gezielt zu wecken.

Darüber hinaus kommt es vor, dass sich Kanzleien – teilweise über dubiose Methoden – die Listen von Anlegern verschaffen und sich mit Schreiben an jene wenden. Auch über den Internetauftritt von Kanzleien sind Informationen zu bestimmten Kapitalanlagen vermehrt zu finden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundesgerichtshofs ist anwaltliche Werbung grundsätzlich gestattet. Paragraph 43 b BRAO (Bundesrechtsanwaltsordnung) ist im Lichte der Grundrechte der Meinungsfreiheit sowie Berufsfreiheit auszulegen. Ihre Einschränkung

bedarf hierbei der Rechtfertigung. Die Werbung um einzelne Mandanten ohne Bezug zu einem konkreten Mandat ist nach dieser Rechtsprechung zulässig.

So ist die allgemeine Werbung auf der Homepage einer Anwaltskanzlei, für angeblich geschädigte Kapitalanleger tätig zu werden, erlaubt (OLG Hamburg, NJW 2004, 1668). Ein Emittent oder eine Vertriebsgesellschaft muss es aber nicht dulden, dass deren Firmenname auf der Internetseite einer Anwaltskanzlei als deren „Gegner“ ausdrücklich genannt wird.

Rufschädigung als Methode

Das Unternehmen, so das Kammergericht, werde hierdurch mit einem „Makel des Unlauteren“ belegt, da die Aufnahme in eine solche „Gegnerliste“ einer Kanzlei den Eindruck vermittelt, dass gegenüber dem Unternehmen die Notwendigkeit von außergerichtlichem oder gar gerichtlichem Tätigwerden zugunsten von Kapitalanlegern besteht.

Die Kanzlei mache sich laut OLG Hamburg die Namen der Gegner ihrer Mandanten und der eigenen Kanzlei für ihre wirtschaftlichen Interessen zunutze. Auf die Meinungsfreiheit oder Berufsfreiheit kann jene sich bei einer solchen Art der Werbung nicht berufen (Kammergericht, NJW-RR 2005, 1709).

Das OLG Hamburg (Az.: 5 U 126/04) hat weiterhin ein Anlegerrundschreiben einer Kanzlei an Anleger für wettbewerbswidrig sowie gegen Paragraph 43 b BRAO verstoßend erachtet: Die Anleger wurden gezielt wegen einer Mandatserteilung angesprochen. Es wurde mitgeteilt, dass bei der Kapitalanlage bereits ein Schaden eingetreten sei und wegen drohender Verjährung Handlungsbedarf bestehe.

Bemerkenswert ist, dass das OLG dies zudem als Überempörung im Sinn des Paragraphen 4 Nr. 1 UWG gewertet hat: Überempörung der Anleger wird bei der Begründung von Ansprüchen von Anlegern oftmals gerade von Anlegerschutzanwälten ins Feld geführt.

Soweit unwahre Tatsachenbehauptungen verbreitet werden, kann von der Kanzlei ein Unterlassen sowie ein Widerruf verlangt werden. Der Anspruch ergibt sich aus den Paragraphen 823, 824, 1004 BGB wegen Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb.

Hierbei muss spezifiziert werden, welche Äußerungen im Einzelnen als unwahre Tatsachenbehauptungen zu qualifizieren und mithin nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Bei unwahren Tatsachenbehauptungen – die vielfach auch eine Anschwärtzung und Kreditgefährdung im klassischen Sinne darstellen – kann verlangt werden, dass die Kanzlei gegenüber den angeschriebenen Anlegern die Behauptungen widerruft und eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abgibt.

Die unwahren Behauptungen sind nämlich insbesondere bei emittierenden Gesellschaftern oder Vertriebsgesellschaften in hohem Maße kredit-schädigend und geeignet, deren Ansehen im Wirtschaftsleben, etwa gegenüber Investoren sowie Geschäftspartnern und insbesondere im Kreise der Anleger nachhaltig zu schädigen.

Der Begriff der „Behauptung“ ist dabei weit zu fassen. Es genügen bereits Mitteilungen in „versteckter Form“. So reicht es aus, wenn zwar keine konkrete Tatsache mitgeteilt wird, wohl aber von einer bloßen Möglichkeit, einem Verdacht, einem Gerücht oder einer Wahrscheinlichkeit gesprochen wird.



DER AUTOR

Oliver Renner ist Rechtsanwalt der Kanzlei Wüterich Breucker, Stuttgart, und Mitglied im Rechtsforum Finanzdienstleistung e.V.